Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich morgens, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 23/26
Sammelnummer
Schriftleitung: Amt Moritzplatz 914, 964, 965, 1860, 1868, 1868. Für Nachtgespräche 1860
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1900, 3040, 3804.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 281. Donnerstag, 12. Juni 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die auswärtige Politik des neuen Deutschland.

Scheidemanns Rede auf dem Parteitag in Weimar.

Die Aufnahme der Rede.

Drahtmeldung unserer Sonderberichterstatter.

K. Weimar, 12. Juni.

Die heutige Sitzung des Parteitages war die bedeutsamste, die diese Tagung voraussichtlich aufweisen wird. Scheidemanns Rede wurde überall mit großer Aufmerksamkeit angehört. Ein Versuch der Opposition, ihn — hever er sein Referat erstattete — zu zwingen, über die Ereignisse im Osten sich auszulassen, scheiterte an dem Widerstand Scheidemanns selbst, der unter dem Beifall des gesamten Parteitages erklärte, daß er zurzeit nicht in der Lage sei, über Dinge zu sprechen, deren Entwicklung von hier aus nicht verfolgt werden könne. Der Beifall, der der Rede Scheidemanns folgte, bewies, daß die weitaus überwiegende Mehrheit des Parteitages nach der Richtung orientiert ist, die eine Unterstützung der Regierung zu leisten bereit ist.

Die Opposition ist auch zu schwach, um ihren Tendenzen eine besondere Wirkung zu verschaffen; auf dem Parteitag ist sie kaum stärker als durch einige Dutzend vertreten und es kommt hinzu, daß es ihr an einem einheitlichen Arbeitsplan fehlt, weil sie aus zu heterogenen Elementen besteht. Es ist daher kaum zu erwarten, daß der Parteitag sich auf einen Boden stellen wird, der die Absichten und Pläne der Regierung durchkreuzt. Scheidemanns Rede machte offenbar einen tiefen Eindruck, wiederholt wurde die Rede vom Beifall begleitet und einzelne Zwischenrufe verhallten sofort in dem Beifall der Mehrheit.

Nach Scheidemann sprach als Mitberichterstatter Bernstein, der bekanntlich als Außenseiter in der Partei immer seine eigenen Wege gegangen ist. Bernstein nahm zu den einzelnen Fragen der auswärtigen Politik auch eine Stellung ein, die sich wenig mit der der übrigen Parteigenossen deckt. So behauptete er z. B. daß neun Zehntel der Friedensbedingungen, die uns die Entente gestellt hat, berechtigt seien. Ein gewaltiger Entrüstungssturm machte sich gegen diese Worte bemerkbar; von allen Seiten rief man Bernstein zu und verlangte sogar Schluß seiner Rede. Erst nach längerer Zeit konnte Bernstein seine Rede fortsetzen.

Aehnliche Vorgänge spielten sich ab, als Bernstein den Tschechoslawen das Recht zugestand, auch die deutschen Teile Böhmens für sich in Anspruch zu nehmen. Im übrigen enthielt die Rede mehr theoretische Gesichtspunkte, die aber auch nicht ohne Widerspruch vom Parteitag aufgenommen wurden.

Die gesamten folgenden Redner, darunter der preußische Landwirtschaftsminister Braun, Hermann Müller vom Parteivorstand, Adolf Braun wandten sich gegen Bernstein, dessen Ideen sie in den schärfsten Worten unter dem Beifall des Parteitages ablehnten.

Die deutschen Truppen in Lett- und Estland.

Eine Erklärung Noskes.

Vor Beginn der Sitzung hatte Davidsohn-Berlin den Antrag gestellt, Scheidemann zu veranlassen, in sein Referat eine Antwort auf die Frage hineinzuflechten, ob es richtig sei, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division, im Augenblick im Kampfe mit den Esten und Letten stehen. (Bewegung im Hause.) — Der Vorsitzende Schulz begleitete diese Anfrage als eine überflüssige Störung des Parteitages. Es sei Scheidemann doch unmöglich im Rahmen eines ausgearbeiteten Referats eine derart wichtige Frage zu beantworten, von der man bis jetzt nichts näheres wisse.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte, daß er über diese Frage Davidsohns erstaunt sei, da er von einem derartigen Vorfall überhaupt nichts wisse. Davidsohn wiederum gab die Erklärung ab, er müsse auf Grund direkter Informationen seine Anfrage aufrechterhalten.

Nach längerer Debatte erklärte Ministerpräsident Scheidemann, daß Davidsohn und Katzenstein sich im Irrtum befänden, wenn sie annähmen, daß er im Rahmen seines Referats über eine derartige Frage überhaupt verhandeln könne. „Ich habe keine Ahnung davon und muß sagen, daß die Genossen in diesem Fall besser Informationen besitzen als ich selbst. (Heiterkeit.) Wenn die Antragsteller richtig verfahren wären, dann hätten sie mir vorher Mitteilung von ihrer Nachricht gemacht. Denn ich stehe für jeden, auch nachts zur Verfügung. Ich hätte mir, um zuverlässige Informationen einziehen zu können, sofort telephonisch mit Berlin in Verbindung setzen können. Wie soll ich aber in dem Augenblick, in dem ich mein Referat zu halten im Begriff bin, mich hier darüber äußern?

Pupis-Berlin: Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Scheidemann von den von Davidsohn angeführten Vorgängen tatsächlich keine Kenntnis hat. Ich kann ihm aber mitteilen, daß ich bereits vorgestern ein Telegramm aus Kopenhagen von dem Vertreter der Regierung der Letten namens Schönberg empfangen habe, in dem in ausführlicher Weise Mitteilungen über die Vorgänge an der estnischen und lettischen Front gemacht werden. Ich habe dieses Telegramm noch vorgestern sofort dem Genossen Noske übergeben (große Bewegung)

Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung gab Reichswehrminister Noske eine Antwort auf die Anfrage Davidsohns. Er erklärte, er habe bereits dem Abgeordneten Krüger, der gleichfalls eine solche Erklärung gefordert hatte, eine erschöpfende Aufklärung über die Angelegenheit gegeben. Im Gegensatz zu der Entente hielt die deutsche Regierung es nicht für notwendig, deutsche Truppen in Estland, Kurland und Livland zu belassen. Der Befehl zum Rücktransport sei bereits gegeben worden und der Rücktransport schon eingeleitet. Mehrere Divisionen seien schon zurückgezogen worden. Der Abtransport könne aber nur langsam vor sich gehen, da es an Transportmitteln und sonstigen Möglichkeiten, den Rücktransport schnell vorzunehmen, fehle. Nirgends aber seien deutsche Truppen im Kampfe mit estnischen und livländischen Truppen gewesen. Es sei jedoch bekannt, daß eine große Anzahl deutscher Freiwilliger in das baltische Heer eingetreten seien. Es sei ja auch eine baltische Landeswehr gebildet worden. Wie weit diese baltischen Truppen, die durchaus nicht unter deutscher Oberhoheit ständen, mit estnischen und livländischen Truppen gekämpft hätten, entziehe sich seiner Beurteilung.

Nach dem uns übermittelten telegraphischen Bericht führte Ministerpräsident Scheidemann in seinem angekündigten großen Rede über die auswärtige Politik auf dem Sozialdemokratischen Parteitag heute folgendes aus:

Gestatten Sie mir am Eingang meiner Ausführungen einige Worte, die vielleicht geeignet sind, die Streitigkeiten, die uns in letzter Zeit beschäftigt haben, ein wenig zu entspinnen. Ich sage hier, was ich auszusprechen für richtig halte, nicht aber, um mich persönlich zu rechtfertigen oder um Ihnen zu beweisen, daß es keiner besser machen konnte oder könnte als ich. In den märchenhaften Zeiten, die man weiter hinter uns liegen, soll es Minister gegeben haben, die sich an ihre Portefeuilles klammerten und an ihren Aemtern klebten. (Heiterkeit.) Ich sage mir oft, was müssen das für merkwürdige Zeiten gewesen sein, was für ein schönes Leben müssen diese Minister gehabt haben, daß sie sich kein schöneres Dasein vorstellen konnten als so ein Ministerdasein. Sie thronten auf den weichen Sesseln der Macht und sahen in jedem, der sie von da hinunterstoßen wollte, ihren persönlichen Feind. Jener Zeit entstammt auch die Vorstellung, man müsse Minister, die man los werden wollte, mit Aufgebot aller Mittel zu stürzen versuchen, denn gutwillig gingen sie ja doch nicht. Diese Psychologie der Ministerstürzerei kommt aus einer Vorstellungswelt her, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht. Ich möchte den Minister sehen, der heutzutage nicht mehr bereit wäre, jederzeit mit einem „Uff" der Erleichterung seine sieben Sachen zu packen, wenn man ihm kameradschaftlich zu verstehen gibt, daß er überflüssig sei. Darum empfinde ich es als sinnlos, gerade als lächerlich, wenn der Kampf gegen die Regierungspolitik in einer Stimmung persönlicher Erbitterung geführt wird. Gerade so, als ob der Eigensinn von einzelnen Personen, die durchaus Minister bleiben wollen, an allem Unglück die Schuld trage. Ach, Parteigenossen, wenn alles Unglück nur daher käme, daß sich die gegenwärtige Regierung am Ruder befindet, wie leicht wäre das Volk glücklich zu machen. Die Glücklichsten aber, das dürfen Sie mir glauben, das wären wir Minister! Glauben Sie mir also, wir werden den Augenblick, in dem wir gehen dürfen, ohne unsere Pflicht zu verletzen, nicht versäumen. Wir fürchten ihn nicht, und es wäre nur menschlich, wenn wir ihn geradezu herbeisehnten. Ganz falsch ist auch die Vorstellung, die man in linksradikalen Kreisen hat, wir Sozialdemokraten hätten uns mit Gewalt in die Macht gedrängt. Nein, Parteigenossen, solche Esel sind wir nie gewesen, und wir haben uns weder mit Gewalt in die Macht gedrängt, noch beabsichtigen wir, uns mit Gewalt zu behaupten. Als der historische Herbststurm von 1918 die alten Mannschaften fortgefegt hat, da hoffte man uns herbei, weil niemand anders da war, das Steuer zu führen. Und dann haben wir es geführt, so gut wir es eben konnten. Keinen Augenblick wollten wir den Glauben aufkommen lassen, wir hätten die Macht an uns gerissen, wie der Räuber die Beute an sich reißt, um sie zu besitzen. Noch am Abend des 9. November setzten wir die Demokratie in ihre vollen Rechte ein und kündigten die Einberufung der Nationalversammlung an. Von ihrer Entscheidung wollten wir es abhängig machen, ob wir bleiben oder nicht. Wir müssen es also entschieden ablehnen, wenn jeder Phantast, der einen Putschversuch unternimmt, bojauerklärt, er tue dasselbe, was Ebert und ich am 9. November getan hätten. (Sehr richtig! und Beifall.) Nein, diese Phantasten tun gerade das Gegenteil, was wir getan haben! Denn wir haben die Macht nur an uns genommen, um sie der Demokratie zu geben. Sie aber wollen der Demokratie die Macht wieder entreißen, um sie selbstherrlich auszuüben! (Sehr richtig!)

Ich sage also: Die erste der nächsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, ist Verteidigung, Befestigung und Ausbau der Demokratie. (Zustimmung.) Nicht aus Zufall nennen wir uns von alters her Sozialdemokraten. Wir haben uns niemals die Verwirklichung des Sozialismus anders vorstellen können als auf dem Wege der Demokratie. (Sehr richtig!) Die volle Gleichberechtigung aller, das war der Grundsatz, den wir in den Mittelpunkt unseres Programms stellen, für den wir in den Kampf gingen, die Verfolgung des Sozialistengesetzes ertrugen und in dem Kampf um das gleiche Preußenwahlrecht die Schutzmannschaft herausforderten. Ich kann es deshalb nicht verstehen, wie jemand, der an dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung rüttelt, sich noch Sozialdemokrat nennen kann. Und ich muß sagen, daß ich der äußersten Linken dafür dankbar bin, daß sie auf diesen Namen verzichten und sich Kommunisten nennen. Ich wünsche den gleichen Bekennern mut allen, die da glauben, die Demokratie, das gleiche Recht aller, sei eine abgetane Sache und von der Revolution zum alten Eisen geworfen. Betrachten wir aber die Partei, die sich offiziell noch immer die „Unabhängige Sozialdemokratie" nennt, so finden Sie in ihr neben echten Sozialdemokraten, die nur in taktischen Fragen mit uns uneins sind, andere, die das Recht verwirkt haben, sich „Sozialdemokraten" zu nennen, weil sie den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller aufgegeben haben. Mögen nun auch diese Leute den Mut ihrer Meinung haben und zu scheinen wagen, was sie sind. Kein Sozialdemokrat ist, wer an die Stelle der allgemeinen Volksherrschaft eine politische Räteherrschaft setzen will. (Zustimmung und Widerspruch.)

Mit dieser Räteherrschaft hat es eine eigene Bewandtnis, denn kein Mensch vermag zu sagen, wie sie eigentlich aussieht. In den Blättern der Unabhängigen streiten ihre Anhänger über ihre Grundlage, ohne zu einem festen Ergebnis zu kommen. Da kommt zum Beispiel Crispin und sagt, alle sollen das Wahlrecht zu den Räten haben, nur die eigentlichen Kapitalisten nicht, und selbst die sollen es bekommen, wenn sie sich zu einer sozial-revolutionären Partei bekennen. Das Wahlrecht soll aber jeder verlieren, auch der Arbeiter, dem von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen werden. Ja, da könnten wir allerlei erleben. Irgendein plötzlicher Schieber, der sich Reklind zu machen versteht, würde das Wahlrecht besitzen, ein ehrlicher Arbeiter aber, der seit Jahrzehnten für die Befreiung seiner Klasse gekämpft hat, würde rechtlos gemacht werden, wenn seine politische Methode den augenblicklichen Machthabern nicht gefiele. Dann kommt aber Max Sievers und verwirft die Crispinschen Ansichten, schlägt aber dafür vor, alle dem Wahlrecht auszuschließen, die in irgendeiner Form Arbeiter beschäftigen, also auch Bauern, Handwerker, kleine Geschäftsleute, Wirte usw. Es läßt sich gar nicht absehen, wieviel berechtigte Erbitterung durch ein solches neues Privilegien-Wahlrecht geschaffen werden müßte. Uebrigens, nicht einzigster dieser stets so unerschrockenen Sozialrevolutionäre, die mich und meine Freunde als Verräter oder Dummköpfe bezeichnen, weil wir nicht auf jedes neue Schlagwort hineinfallen, hat auch nur einen eigenen Gedanken produziert. Sie kopieren ausnahmslos russische Vorbilder. (Sehr richtig.) Wir können ja doch nicht mit beiden Füßen aus der kapitalistischen Gesellschaft herausspringen, können nicht, bis zum letzten Friseurladen herunter, alles auf einmal sozialisieren. (Heiterkeit.) Welches Recht haben wir also, jedem die staatsbürgerlichen Rechte und Ehren abzusprechen, der durch die Gesellschaft, in der er lebt, in irgendeiner Weise Arbeitgeber geworden ist. Ja, wenn es sich nur darum handelte, den wirklichen Drohnen der Gesellschaft, den arbeitsscheuen Ausbeutern fremder Arbeit, die bürgerlichen Rechte abzusprechen, darüber würde allenfalls noch zu reden sein. Aber auch zu diesem Zweck wären die komplizierteste Gesetze, die umständlichsten Feststellungen, die peinlichsten Rechtsverfahren nötig, um schließlich ein paar tausend Leute aus den Wählerlisten zu streichen, die zahlenmäßig so gut wie nichts in ihnen bedeuten. Und wir kämen auf diese Weise zu dem politischen Rätesystem, das sich praktisch von derselben Parlamentarismus in nichts unterscheidet. Ich bitte also die Anhänger des politischen Rätesystems sich endlich einmal erst untereinander über die Grundlage ihres Systems klar zu werden. (Heiterer Beifall.) Bis jetzt scheinen sie mir zu den Leuten zu gehören, von denen unser verstorbener Genosse Viktor Adler zu sagen pflegte, sie wissen zwar nicht recht, was sie wollen, aber sie wollen es entschieden. (Große Heiterkeit.)

Am allerentschiedensten aber müssen wir uns gegen den Versuch verwahren, ein System, von dem noch niemand genau weiß, wie es aussieht, unserem Volke aufzuzwingen. Sie wägen in die Regierung hineinsetzen, wen sie wollen, jede Regierung wird genötigt sein, sich gegen solche Versuche zu wehren und der Gewalt, wenn solche angewendet wird, Gewalt entgegenzusetzen. Ich komme damit auf ein Thema, das uns allen schon die schlimmsten Schmerzen bereitet hat, das gestern auch mein Kollege Noske bereits behandelt hat, auf das Thema von der bewaffneten Macht, die dazu berufen ist, die demokratische Staatsordnung gegen jeden gewaltsamen Umsturzversuch von rechts oder links zu schützen. Wir alle haben ein sehr klares Bild von dieser bewaffneten Macht. Und sie soll aus lauter überzeugten Anhängern der neuen Regierung bestehen, aus Männern, die genau wissen, wofür sie ihre Haut zu Markte tragen, aus unbedingten Rittern der Freiheit, die jede willkürliche Gewaltverabscheuen und nur dort eingreifen, wo es die Verteidigung des Rechts gebietet. Dieses Ideal schwebt uns allen vor Augen. Wir sind alle einig in dem Bestreben, es zu verwirklichen, aber auch alle einig in der Gewißheit, daß wir von ihm noch weit entfernt sind. Auch darüber wollen wir uns alle klar sein: das schwerste Hindernis auf diesem Wege ist der Bruderkampf unter der Arbeiterschaft selbst. Mit einer Truppe, die zu einem Drittel aus Mehrheitssozialisten, zu einem Drittel aus Unabhängigen und zu einem Drittel aus Spartakisten besteht, ist nichts anzufangen. Wir sind nach Kräften bestrebt, jeden reaktionären Geist, jede zu Ausschreitungen neigende Willkürgewalt aus den noch bestehenden bewaffneten Verbänden auszurotten, und ich gebe zu, daß es uns gar nichts schaden kann, wenn in diesem Kampf unser Rücken gesichert wird. Aber soweit von Vorteilen die Rede sein kann, die die Reaktion errungen, so sind sie nur errungen durch die Uneinigkeit des Proletariats und die schauerliche Verwirrung, die in seinen Reihen eingerissen ist. (Zustimmung.) **Die sozialdemokratische Partei muß aber auf der Wacht bleiben zur Verteidigung der teuer erkauften Demokratie, nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. Es fehlt nicht an Zeichen, daß die alte Macht wieder die Gewalt an sich zu reißen sucht. Ich will diese Gefahr für den Augenblick nicht übertreiben, denn der Mann müßte zu von Sinnen sein, der heute ein putschistisches Abenteuer von rechts wagen würde. Es müßte ein fürchterliches Ende für ihn nehmen. In so aufgewühlten Zeiten verschieben aber die Bilder rasch. Und wenn der Spartakismus, wie er es bisher getan hat, weiter die Hasen in die Küche treibt, dann kann man nie wissen, ob eines Tages nicht andere Verhältnisse eintreten können.**

Genossen, ich rufe Euch daher zu: Seid auf der Hut! Wenn die Reaktion es noch einmal wagt, ihr Haupt zu erheben, wenn sie versuchen sollte, uns das einzige zu nehmen, was wir aus diesem entsetzlichen Krieg als Gewinn, als hoffnungs Keim der Zukunft erhalten haben, wenn sie das gleiche Recht des Volksstimmrechts antastet, dann soll sie abgefertigt werden, daß sie für ewige Zeiten das Wiedererscheinen verspürt. Wir wollen nicht zurück, sondern vorwärts in die Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Darum sehnen wir den Tag herbei, der uns der peinlichen Pflicht enthebt, Maßnahmen des Zwanges anzuwenden, die uns in tiefster Seele zuwider sind und zu denen wir uns noch schwerfiem, innerem Kampfe erst entschieden haben, als wir erkannten, daß uns gar nichts anderes übrig blieb, wenn wir unser Werk nicht in einer Flut von Wahnsinn und das Leben von Hunderttausenden untergehen lassen wollten. (Sehr richtig!)

Ich sage mit voller Ueberzeugung: Nieder mit dem Belagerungszustand.

In dem Augenblick, in dem Spartakus darauf verzichtet, seine Gewaltherrschaft auf den Belagerungszustand zu gründen, wird der Belagerungszustand von der anderen Seite erledigt sein. Wann werden wir endlich den inneren Krieg in einem inneren Frieden beenden können, in dem alle Teile ihre gegenseitigen Freiheitsrechte anerkennen und alle Teile sich freiwillig dem Willen des Volkes unterordnen? Diesen Frieden herbeizuführen, muß das Ziel aller ehrlichen Freunde der Arbeiterklasse sein, in welchem Lager sie immer sich befinden, und jeder muß bereit sein, für dieses Ziel, wenn es sein muß, seine Person zum Opfer zu bringen. Ich spreche für mich diese Bereitwilligkeit aus. Aber nie würde ich dafür zu haben sein, daß der demokratische Kern unseres sozialdemokratischen Programms in seiger Fahnenflucht verloren geht, daß Kompromisse über Grundsätze geschlossen würden, über die Kompromisse unmöglich sind. (Sehr richtig!) **Als Parteigenosse in Reih' und Glied würde ich dann weiter kämpfen für unser altes Programm.**

Liegen auf solche Weise die Dinge für uns völlig klar auf politischem Gebiet, so bieten sich die Probleme am so verwirrender auf wirtschaftlichem. Und das ist wahrhaftig kein Wunder. Denn die Demokratie ist eine altbekannte Staatsform, wenn sie auch nirgends sonst in der Welt klar durchgeführt, so konsequent ausgeführt ist, wie in unserer jungen deutschen Republik. Der Sozialismus dagegen ist vollkommenes Neuland. Dazu kommt noch vieles andere. Zunächst — die Staatsform ist eine so vollkommen innere Angelegenheit eines Staates, daß selbst ein geknebeltes Volk sie frei wählen kann, während die wirtschaftliche Ordnung etwas mit dem ganzen wirtschaftlichen Betrieb Zusammenhängendes ist. Der tiefste Sinn ist nun der, daß der siegreiche Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsform aufzwingen will. Das ganze deutsche Volk soll zu einem Lohnarbeitervolk gemacht werden, das im fremden Kapitaldienst für Hungerlohn bis zur Erschöpfung arbeiten muß. Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen Kaiserismus, sondern gegen den deutschen Sozialismus. Dieser ist für den westlichen Kapitalismus ein um so schlimmerer Feind, als er von ihm fürchten muß, er würde nicht so diktatorisch drauflosgängerisch wirtschaften, wie der russische Bolschewismus, der als abschreckendes Beispiel dient, sondern es könnten auch eine methodische Arbeit und seine praktischen Erfolge dahnbrechend werden. Da also ist der äußere Gegensatz. Dazu kommt als innere Schwierigkeit die Tatsache, daß es wohl schon in jahrelchen großen Gemeinden, aber nur in wenigen kleinen Einzelstaaten und nicht im Reichsparlament eine sozialdemokratische Mehrheit gibt. Alles, was durch Reichsgesetz an sozialistischen Maßnahmen geschaffen werden soll, muß mindestens die Zustimmung eines Teils der bürgerlichen Parteien finden, und Sie können sich denken, daß da viel Wasser in den Wein gegossen werden muß. Dazu kommt aber schließlich die Schwierigkeit, die in der Sache selbst liegt, das unerhört Neue, das in ihr liegt.

Alle Wirtschaftsordnungen, die es bisher gegeben hat, fand natürlich den Menschen unbewußt gemachten, und zwar in der Weise, daß sie sich gegenseitig durchdrangen und gegenseitig verdrängten, bis im Laufe der Entwicklung schließlich aus etwas Altem etwas Neues geworden war.

Die Geschichte der Volkswirtschaft vermag kein Datum anzugeben, an dem die Nationalwirtschaft durch die Weltwirtschaft verdrängt wird. Alle der Nationalwirtschaft haben sich bis in das hochkapitalistische Zeitalter hinein geretet oder sind während des Krieges wieder lebendig geworden. Keine standesamtliche Urkunde verzeichnet die Geburtsstunde des Kapitals, und ich glaube, keine wird auch seine Sterbestunde verzeichnen, denn die aufeinanderfolgenden Wirtschaftsordnungen folgen einander nicht in genauer zeitlicher Begrenzung, sondern sie überdecken sich reihweise gegenseitig. Kann es diesmal anders sein? Schon vor dem Kriege hatten wir über die Frage lebhafte Auseinandersetzungen. Die eine Richtung glaubte, das Proletariat würde nach der Erringung der politischen Macht das Ganze der sozialistischen Wirtschaftsordnung mit einem Male nach dem neuen regulativen Prinzip des Sozialismus umordnen können, gleichsam wie man mit einem Ruck das Schalwerk, die ganze Gangart eines Mechanismus umstellt. Die andere war dagegen der Ueberzeugung, daß der Weg zur Vollverwirklichung des Sozialismus nur durch organische Entwicklung und empirisches Vorwärtstreiten gefunden werden könne. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die von mir schon in Würzburg erwähnte Kennerische Theorie von der Durchstaatlichung der Wirtschaft oder auch auf das Buch des Genossen Edmund Fischer „Das sozialistische Werden" hin, in dem gezeigt wird, wie sich auf dem Boden des Kapitalismus die sozialistische Zukunft in hundertfältiger Form zu entwickeln beginnt in Arbeitsschutz und Sozialversicherung, in Vertrustungen, Kommunalisierung, im Aufblühen des Genossenschaftswesens usw. Aus diesen scheinbaren Zufälligkeiten, über denen doch auch eine große gemeinsame Notwendigkeit waltet, soll sich nach Fischer und anderer Meinung unter der bewußten Führung der sozialistischen Wissenschaft ein harmonisches Ganzes gestalten, das die Verkörperung des Sozialismus darstellt. Ich meine nun, selbst eine reinsozialistische Regierung,